Deutscher Bundestag

14. Wahlperiode 15. 01. 2002

Antrag

der Abgeordneten Christine Ostrowski, Dr. Klaus Grehn, Uwe Hiksch, Dr. Barbara Höll, Dr. Evelyn Kenzler, Heidemarie Lüth, Christina Schenk, Dr. Ilja Seifert, Gustav-Adolf Schur und der Fraktion der PDS

Änderung des Straßenverkehrsgesetzes

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird beauftragt, mit Zustimmung des Bundesrates,

den entsprechenden Passus des Straßenverkehrsgesetzes (StVG), § 6a Abs. 6 Satz 3, der die Gebührenregelung für das Parken von Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Wegen und Plätzen je angefangene halbe Stunde enthält, in der Weise zu novellieren, dass die Gemeinden entscheiden können, dass im ersten Entrichtungszeitraum von der Gebührenpflicht abgesehen werden kann.

Berlin, den 18. Dezember 2001

Christine Ostrowski
Dr. Klaus Grehn
Uwe Hiksch
Dr. Barbara Höll
Dr. Evelyn Kenzler
Heidemarie Lüth
Christina Schenk
Dr. Ilja Seifert
Gustav-Adolf Schur
Roland Claus und Fraktion

Begründung

Das Straßenverkehrsgesetz schreibt bundeseinheitlich vor, dass beim Parken von Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Wegen und Plätzen der Gemeinden – sofern Parkuhren oder andere Vorrichtungen oder Einrichtungen zur Überwachung der Parkzeit vorhanden sind – für jede angefangene halbe Stunde Parkgebühren erhoben werden. Diese bundeseinheitliche Regelung soll dergestalt geändert werden, dass im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung die Gemeinden entscheiden können, dass von der Erhebung von Gebühren im Erstparkzeitraum abgesehen werden kann.

